



Entschließungsantrag zu dem Entwurf eines Gesetzes über Maßnahmen im Bauplanungsrecht zur Erleichterung der Unterbringung von Flüchtlingen

Parlamentarische Initiativen von Heidrun Bluhm, Ulla Jelpke, Kerstin Kassner, Caren Lay, Jan Korte, Dietmar Bartsch, Herbert Behrens, Karin Binder, Eva Bulling-Schröter, Matthias W. Birkwald, Roland Claus, Sevim Dagdelen, Annette Groth, André Hahn, Andrej Hunko, Susanna Karawanskij, Ralph Lenkert, Sabine Leidig, Michael Leutert, Gesine Lötzsch, Thomas Lutze, Kersten Steinke, Kirsten Tackmann, Frank Tempel, Halina Wawzyniak, Hubertus Zdebel, 06. November 2014

06.11.14 - Entschließungsantrag - Drucksache Nr. 18/3075

Mit dem Entschließungsantrag soll deutlich werden, dass DIE LINKE die Errichtung bzw. Verlagerung von Unterkünften für Asylsuchende in Gewerbegebieten und Außenbereichen ablehnt. Das zentrale Element unseres Leitbildes zur Unterbringung von Asylsuchenden ist die dezentrale Unterbringung in Wohnungen, die in die jeweilige kommunale Infrastruktur (z.B. ÖPNV) eingebunden sind. Es muss daher von Anfang an ein offenes Aufnahme- und

Integrationskonzept verfolgt werden.

Herunterladen als PDF

Hier spricht die Opposition

Den Newsletter *Hier spricht die Opposition* erhalten Sie wöchentlich per E-Mail – der bequemste Weg, immer aktuell informiert zu sein über die Aktivitäten und Initiativen unserer Fraktion. Abonnieren Sie jetzt!